

# KON-TEXTE

Wissenschaften in philosophischer Perspektive

Herausgegeben von

Hans Goller und Johannes Müller

*Die monographisch angelegte Reihe KON-TEXTE gibt Einblicke in wissenschaftstheoretische, anthropologische und ethische Grundfragen der Sozialwissenschaften und Naturwissenschaften wie Psychologie, Soziologie, Physik und Biologie. Behandelt werden fächerübergreifende Themen, aktuelle Probleme und Grenzfragen der jeweiligen Fachgebiete. Anliegen der Reihe ist es, interdisziplinäres Denken zu fördern und einseitige Positionen und Einschätzungen zu vermeiden. Sie will zwischen den Wissenschaften vermitteln und so zur theoretischen Grundlegung und philosophischen Reflexion einzelwissenschaftlicher Befunde beitragen.*

Johannes Müller/Johannes Wallacher

## Entwicklungsgerechte Weltwirtschaft

Perspektiven für eine sozial- und  
umweltverträgliche Globalisierung

TRIMS	Agreement on Trade-Related Investment Measures
TRIPS	Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights
TZ	Technische (Entwicklungs-) Zusammenarbeit
UN	United Nations
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development
UNDP	United Nations Development Programme
UNEP	United Nations Environment Programme
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
UNFPA	United Nations Fund for Population Activities
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
UNICEF	United Nations Children's Fund
UNO	United Nations Organization
VENRO	Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen e. V.
WFP	World Food Programme
WHO	World Health Organization
WTO	World Trade Organization
Abb.	Abbildung
bes.	besonders
Dollar	US-Dollar
Mio.	Millionen
Mrd.	Milliarden
Tab.	Tabelle
u. a.	unter anderem
u. a. m.	und anderes mehr
usw.	und so weiter
u. U.	unter Umständen
v. a.	vor allem
Vgl.	Vergleiche
z. B.	zum Beispiel

# 1 Weltwirtschaft im Kontext der Globalisierung

## 1.1 Ökonomisches System und Weltwirtschaft

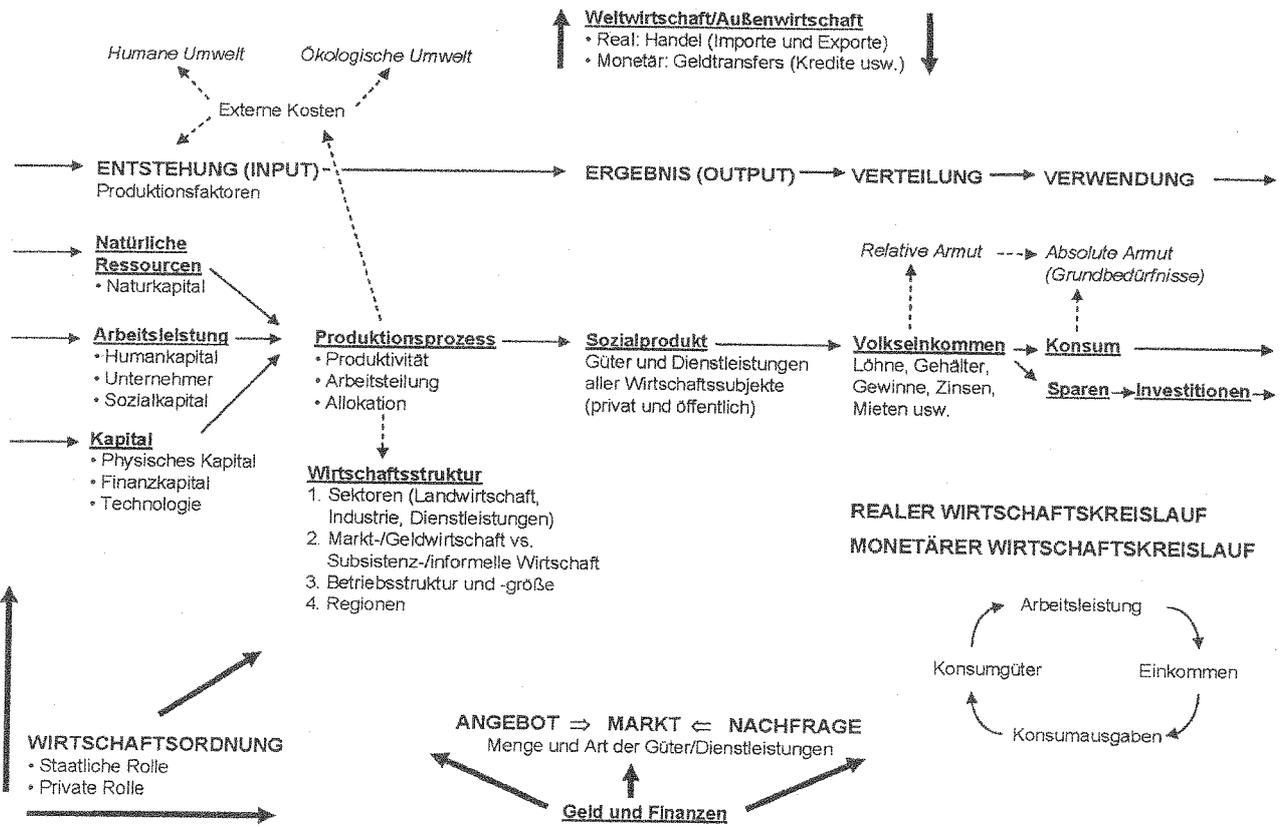
### 1.1.1 Gesamtwirtschaftliche Grundzusammenhänge

1. Ziel der *Makroökonomik* ist es, die Wirtschaft aus einer Vogelperspektive zu betrachten und zu beschreiben. Sie geht also im Unterschied zur Mikroökonomik nicht von einzelnen Wirtschaftssubjekten und deren Entscheidungen aus, sondern fasst bestimmte Akteure, Güter und Märkte zu Aggregaten zusammen, um so grundlegende Zusammenhänge des komplexen Wirtschaftsprozesses aufzeigen zu können. Dies geschieht häufig mit Hilfe von Kreislaufmodellen, eine Idee, die auf den französischen Arzi François Quesnay (1694-1774) zurückgeht, der sein berühmtes „Tableau économique“ in Analogie zum menschlichen Blutkreislauf entworfen hat (Gilbert 1989). In solchen Modellen bilden die ökonomischen Akteure die Pole und die Transaktionen zwischen ihnen werden als Stromgrößen dargestellt. Das zentrale Prinzip der Kreislaufanalyse besteht darin, dass an jedem Pol die Summe der ein- und ausfließenden Ströme übereinstimmt und damit der Kreislauf geschlossen ist. Mit Hilfe solcher Modelle lassen sich Grundstrukturen und -aspekte des wirtschaftlichen Systems veranschaulichen (vgl. Abb. 1).

2. Ursprung und Ausgangspunkt allen Wirtschaftens sind die *Bedürfnisse der Menschen*. Dementsprechend sind die Produktion und Bereitstellung von Gütern (Waren und Dienstleistungen) zur Befriedigung dieser Bedürfnisse die grundlegenden wirtschaftlichen Aktivitäten. Der Tausch von Gütern oder die Nutzung menschlicher Arbeitsleistung auf der Basis von Spezialisierung und Arbeitsteilung steigern die Produktivität und verbessern so die Güterversorgung. Während lange Zeit die Grundbedürfnisse der Menschen das wirtschaftliche Handeln bestimmt haben, ist es heute zunehmend die Wirtschaft selbst, die durch Werbung Bedürfnisse zu schaffen versucht, womit im Grunde die ökonomische Grundlogik von den Füßen auf den Kopf gestellt wird.

3. Ein zentrales Instrument der Wirtschaft ist *Geld* als allgemein anerkanntes Tausch- bzw. Zahlungsmedium, gängige Recheninheit und Vertrauensbewahrungsmittel. Diese Funktionen kann es jedoch nur erfüllen, wenn Vertrauen in die Institutionen besteht, die für die Wertbeständigkeit des Geldes sorgen. Erst dies ermöglicht es, die Grenzen lokaler Tauschgemeinschaften zu überschreiten und die Vorteile größerer Märkte zu nutzen, worauf letztlich die Leistungsfähigkeit moderner Volkswirtschaften beruht. In Kreislaufmodellen steht darum dem realen Güterkreislauf ein wertäquivalenter monetärer Kreislauf gegenüber. So erhalten etwa die privaten Haushalte für ihre Arbeitsleistung von den Unternehmen Löhne und Gehälter, mit denen sie den Erwerb von Konsumgütern bezahlen. Traditionell war das Geld an den produktiven Sektor gekoppelt, wenn auch der Finanzbereich aufgrund bestimmter Merkmale (wie Zins oder Informationsungleichgewichte zwischen Gläubigern und Schuldnern) immer schon ein gewisses Eigenleben geführt hat. Insbesondere durch die Verflechtung mit dem internationalen Kapitalverkehr hat sich der Finanzbereich jedoch inzwischen in manchen Bereichen von der Realwirtschaft entfernt, was nicht unerhebliche Probleme aufwirft.

Abb. 1: Grundzusammenhänge des wirtschaftlichen Systems



4. Ausgangspunkt des Wirtschaftsprozesses von seiner Entstehung bis zu seiner Verwendung ist die Gesamtheit der volkswirtschaftlichen *Produktionsprozesse* in einem Land. In der Regel unterscheidet man drei Produktionsfaktoren, nämlich natürliche Ressourcen (Boden), menschliche Arbeitsleistung und Kapital. Letzteres bezeichnet üblicherweise die Gesamtheit der produzierten dauerhaften Produktionsmittel. Heute wird der Begriff „Kapital“ jedoch in einem weiteren Sinn verstanden: man spricht auch von Naturkapital, Humankapital und Sozialkapital sowie Sozialkapital. Dem liegt die Einsicht zugrunde, dass man nicht nur Fabriken und Maschinen, sondern auch die natürlichen Ressourcen, die menschliche Arbeitsfähigkeit und soziale Rahmenbedingungen erhalten, vermehren und verbessern muss. Die dazu nötigen Geldmittel werden als Finanzkapital bezeichnet.

5. Den Wert der Produktion aller Waren und Dienstleistungen eines Landes erfasst das volkswirtschaftliche Einkommen, das *Sozialprodukt*, das häufig auch als nationaler Wohlstandsindikator benutzt wird. In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung unterscheidet man Bruttoinlandsprodukt (BIP) und Bruttoinlandsprodukt (BIP). Das BIP misst den Wert der Produktion innerhalb eines Landes, zu dem auch Ausländer beitragen, während sich das BIP auf das Einkommen der Einwohner eines Landes bezieht, auch wenn es im Ausland erworben wird. Dabei handelt es sich jedoch um aggregierte Größen, die keine Aussagen über die Verteilung erlauben. Um Ungleichheiten in der Einkommensverteilung (relative Armut) zu messen, bedarf es zusätzlicher Indikatoren. Dies ist noch wichtiger im Hinblick auf die absolute Armut, d.h. wenn Menschen ihre elementaren Grundbedürfnisse nicht oder nur völlig unzureichend befriedigen können (Müller 1997, 12-17). In engem Zusammenhang mit der Verteilung steht die Verwendung des Volkseinkommens. Es wird vorrangig für den Konsum genutzt, also die unmittelbaren Bedürfnisse privater Haushalte. Die durch Konsumverzicht gebildeten Ersparnisse ermöglichen Investitionen und so neue und verbesserte Kapitalbildung.

6. Die Grundentscheidung, welche Güter in welcher Menge produziert werden sollen, treffen in freien, wettbewerbsorientierten Wirtschaftssystemen die Produzenten und Konsumenten selbst, indem sie in Tauschbeziehungen treten und so Märkte für diese Güter bilden. Wenn sie dazu Geld als Tauschmittel einsetzen, so bildet sich für die Güter ein Preis, an dem sich die Marktteilnehmer orientieren können. Je höher der Preis, umso mehr wird in der Regel angeboten, umgekehrt nimmt mit steigendem Preis die Nachfrage ab, was zumindest in der Theorie zu einem Preis führt, der *Angebot* und *Nachfrage* angleicht. Bedürfnisse, wie grundlegend sie auch sein mögen, werden allerdings nur dann als Nachfrage am Markt wirksam, wenn sie auch als reale Kaufkraft in Erscheinung treten.

7. Die *Wirtschaftsstruktur* von Volkswirtschaften lässt sich unter verschiedener Rücksicht betrachten:

- Das Gewicht der einzelnen Wirtschaftssektoren verlagert sich mit fortschreitender Entwicklung in der Regel von der Landwirtschaft über den industriellen Sektor hin zu stark von Dienstleistungen geprägten Ökonomien.
- Entwickelte Volkswirtschaften weisen vorrangig formelle Strukturen auf. In den ärmsten Ländern, aber auch unter den Armen in Schwellen- und Transformationsländern spielt sich dagegen ein Großteil der wirtschaftlichen Tätigkeiten im

- informellen Sektor ab, da die Armen aufgrund unzureichender Geldmittel nur bedingt Zugang zu den offiziellen Märkten haben. In ländlichen Gegenden haben sie häufig kaum eine Alternative zur Subsistenzwirtschaft.
- Wichtige ökonomische Auswirkungen hat die Betriebsgröße und -struktur, d.h. das Gewicht von kleinen, mittelständischen und großen Unternehmen.
  - In nahezu allen Volkswirtschaften gibt es teils erhebliche regionale Struktur-gefälle zwischen wirtschaftlich leistungsfähigeren und schwächeren Gebieten, ganz besonders zwischen Stadt und Land.
8. Produktionsweisen und Konsumgewohnheiten eines Wirtschaftssystems haben vielfältige Rückwirkungen auf die gesamte Gesellschaft, bes. auf die Arbeitswelt und die natürliche Umwelt. Wenn das erwirtschaftete Volkseinkommen vollständig in Konsumausgaben fließt und keine Ersparnisse gebildet werden, droht ein Mangel an *Investitionen* zum Erhalt und zur Erneuerung des Produktionsapparats. Dies betrifft v.a. das Finanzkapital, die Aus- und Weiterbildung von Arbeitskräften sowie die zukunftsorientierte Forschung und Entwicklung. Ohne solche Investitionen lässt sich jedoch keine höhere Produktivität erzielen, was gerade für ärmere Ländern teils eng zusammen. So werden z.B. Ausgaben für eine bessere Ernährung in der Regel dem Konsum zugerechnet, obwohl sie auch eine „Investition in Menschen“ sind, die längerfristig die Produktivität verbessert.
9. Nicht weniger folgenreich ist, dass die Produktionsprozesse selbst soziale und ökologische Kosten verursachen, die nicht den Verursachern zugerechnet und daher als *externe Effekte* bezeichnet werden. Dies sind einerseits inhärente Arbeitsbedingungen, sei es weil sie einen unzumutbaren Leistungsdruck ausüben oder gesundheitsschädlich sind, sei es weil sie ausbeuterisch sind und das gesellschaftliche Umfeld gefährden. Andererseits spiegeln die derzeitigen Preise von Umweltgütern (z.B. Energie) nur völlig unzureichend die ökologischen Kosten ihres Verbrauchs (z.B. CO<sub>2</sub>-Emissionen) wider, was einer Vergewandung knapper natürlicher Ressourcen Vorschub leistet. Diese „externen Kosten“ gehen letztlich zu Lasten der Gemeinschaft und nachfolgender Generationen.
10. Daneben gibt es weitere Formen von Marktversagen, die zeigen, dass Markt und Wettbewerb allein keine stabile wirtschaftliche Entwicklung gewährleisten. Dies gilt etwa für einen wirklichen Wettbewerb mit einer ausreichenden Anzahl von Anbietern und Nachfragern. Ebenso wenig sind Märkte aus sich heraus in der Lage, für ein ausreichendes Angebot an öffentlichen Gütern (Gesundheit, Frieden u.a.) zu sorgen bzw. diese vor Ausbeutung zu schützen (Weltmeere, Erdatmosphäre, Ozonschicht u.a.). Umso wichtiger ist eine *Wirtschaftsordnung*, die einen Rahmen für Markt und Wettbewerb schafft, Marktversagen korrigiert und dafür sorgt, dass möglichst alle am wirtschaftlichen Fortschritt partizipieren können. Verantwortung trägt an erster Stelle der Staat. Allerdings gibt es neben Marktversagen auch vielfältige Formen von Staatsversagen, was sich etwa in schlechter Regierungsführung und Korruption äußert. Für eine gute Ordnungspolitik ist daher ein konstruktives Zusammenwirken von Staat und Markt nötig.

### 1.1.2 Weltwirtschaft als Geflecht von Nationalökonomien

1. Die Weltwirtschaft stellt ein *Geflecht aus grenzüberschreitenden wirtschaftlichen Beziehungen* dar. Sie funktioniert im Wesentlichen nach dem Muster jeder (nationalen) Ökonomie. Allerdings gibt es einige Besonderheiten und daraus resultierende Probleme, allen voran die Tatsache, dass grenzüberschreitende Transaktionen zwischen verschiedenen Währungen verrechnet werden müssen. Hinzu kommen die recht verschiedenen Ausgangslagen der beteiligten Volkswirtschaften und höchst unterschiedliche politische und sozio-kulturelle Bedingungen, die einen großen, häufig vernachlässigten Einfluss auf das jeweilige ökonomische System ausüben, ganz bes. auf die jeweilige wirtschaftliche Ordnung.
2. Außenwirtschaftliche Beziehungen bedeuten eine *Ausdehnung des realen und monetären Wirtschaftskreislaufes* des jeweiligen Landes, womit sich die reine bzw. die monetäre Außenwirtschaftstheorie beschäftigen. Ersterer behandelt so grundlegende Fragen wie: Welche Güter (Rohstoffe, Fertigprodukte) werden zwischen den nationalen Volkswirtschaften gehandelt? Zu welchen Bedingungen (Freihandel versus Protektionismus) geschieht dies? Welche Wohlfahrtseffekte hat dies jeweils für die beteiligten Länder und die gesamte Weltwirtschaft? Gegenstand der monetären Theorie des Außenhandels sind v.a. die Probleme, die sich aus Tauschbeziehungen zwischen Ländern mit unterschiedlichen Währungen ergeben. Da der Handel mit Währungen (Devisen) heute ein zentrales Element internationaler Finanzmärkte ist, stellt sich bei grenzüberschreitenden Interaktionen noch mehr als im nationalen Kontext die Frage, ob und wie monetäre und reale Wirtschaftskreisläufe wechselseitig aufeinander bezogen sind.
3. Die weltwirtschaftliche Verflechtung bietet den beteiligten Ländern die Möglichkeit, ihre Güterausstattung durch den Import von Gütern, die sie selbst nicht herstellen (können), zu ergänzen. Dafür exportieren sie selbst produzierte Güter, um so ihre Einfuhren finanzieren zu können. Dieser Austausch kann sich sowohl auf den Warenverkehr wie den Dienstleistungshandel beziehen. Ein Austausch erfolgt aber auch in Form von Kapitaltransfers und Arbeitsmigration. Die Integration in die Weltwirtschaft führt nicht nur zu einem größeren Güterangebot, sondern zumindest theoretisch auch zu einer *Steigerung der Produktivität*. Internationale Arbeitsteilung und als Folge davon größere Märkte über nationale Grenzen hinweg erlauben nämlich eine stärkere Spezialisierung und verringern die Produktionskosten, ein Zusammenhang, der bereits 1776 von Adam Smith in „Wohlstand der Nationen“ aufgezeigt wurde. Im Ergebnis bedeutet dies bessere Absatzchancen für die Produzenten und ein reichhaltigeres und günstigeres Angebot für die Konsumenten. Die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung ist daher kein Nullsummenspiel, in dem die eine Seite gewinnt und die andere entsprechend verliert, sondern kann grundsätzlich allen Beteiligten Vorteile bringen.
4. In der Weltwirtschaft sind die *Markt- und Geldmechanismen* allerdings mit spezifischen Problemen konfrontiert. So wird der freie Austausch von Waren und Dienstleistungen nach wie vor durch vielfältige Formen von Protektionismus behindert, die das Gesetz von Angebot und Nachfrage und den internationalen Wettbewerb einschränken. Gerade die ökonomisch mächtigen Industrieländer verhängen auf diese Weise nicht selten die Exportchancen der Entwicklungs- und Trans-

formationsländer. Außerdem ist die menschliche Arbeitsleistung bis auf wenige hoch qualifizierte Kräfte weithin vom grenzüberschreitenden Austausch ausgenommen. Schließlich muss der Warenaustausch das Problem unterschiedlicher Währungen mit ihren Wechselkurschwankungen bewältigen. Dies ist heute nicht allein eine Folge der realwirtschaftlichen Entwicklung, sondern wesentlich auch von spekulativen Währungsstransaktionen, die teils selbstverstärkend wirken, was einen stabilen Güteraustausch erheblich beeinträchtigt.

5. Nach den konventionellen Weltwirtschaftstheorien sollte die internationale Arbeitsteilung möglichst auf der Grundlage der spezifischen Vorteile eines Landes sowie eines freien Welthandels erfolgen (vgl. 4.1). Wenn dies alle Beteiligten tun, können alle, auch ökonomisch schwache Länder, daraus Nutzen ziehen, allerdings können die Wohlfahrtszugewinne ungleich verteilt sein. Diese These geht v.a. auf die Theorie der *komparativen Kostenvorteile* von David Ricardo zurück, die bis heute die Grundlage der Außenhandelslehre bildet.

6. Die internationale Arbeitsteilung bringt *wechselseitige Abhängigkeiten* (Interdependenzen) mit sich, die nicht nur ökonomischer Natur sind. Viele der externen Effekte heutiger Produktions- und Konsumweisen haben eine globale Dimension, d.h. die mit ihnen verbundenen sozialen und ökologischen Kosten lassen sich nicht mehr national begrenzen. Dies gilt v.a. für die Umweltp Probleme und ihre Folgewirkungen wie die globale Erwärmung durch Treibhausgase, zu der die westlichen Industrielande überproportional beitragen. Ein wichtiger Aspekt sind auch die Kosten, die der verstärkte internationale Wettbewerb und der damit verbundene Strukturwandel verursachen. In der Regel haben die Armen und weniger leistungsfähigen Länder die Hauptlast der damit verbundenen Risiken zu tragen.

7. All diese Probleme zeigen, wie wichtig eine *faire Weltwirtschaftsordnung* ist, die eine völlig ungleiche Verteilung von Vorteilen und Lasten verhindert. Da die Interdependenzen nicht nur ökonomischer, sondern auch politischer und sozial-kultureller Natur sind, sind dabei auch Fragen der Beteiligung und der Verfahrensregeln zu berücksichtigen. So wie es Aufgabe des Staates ist, durch eine geeignete Ordnungspolitik den nationalen Markt so zu gestalten, dass er zum Nutzen aller wirksam werden kann, so bedarf es weltweiter Abkommen und Organisationen, um die Weltwirtschaft in eine sozial und ökologisch zuträgliche Richtung zu steuern. Allerdings fehlt es der internationalen Politik bisher weithin noch an verbindlichen Rahmenbedingungen, so dass in wichtigen Bereichen nach wie vor nationale Eigeninteressen gemeinsame Problemlösungen verhindern. Eine globale wirtschaftliche Ordnungspolitik bedarf darum – mehr als auf nationaler Ebene – auch der konstruktiven Mitarbeit transnational tätiger Unternehmen und der internationalen Zivilgesellschaft mit ihrem wachsenden Gewicht und Einfluss.

### 1.1.3 Grundfragen einer Analyse der Weltwirtschaft

Im Hinblick auf die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge und ihre Analyse stellen sich einige grundlegende Fragen, die wenigstens kurz benannt werden sollen, um auf die *Wertprinzipien* hinzuweisen, die jeder Analyse zugrunde liegen, aber häufig nicht bewusst reflektiert werden (vgl. Müller 1997, 88-97). Davon zu unterscheiden ist eine explizit sozialökonomische Reflexion (vgl. Kapitel 5).

1. Ein erster Fragekomplex betrifft die *Organisation und Durchführung der internationalen Arbeitsteilung*, was sich sowohl auf die Produktion und den Austausch (Handel) wie auf die Verteilung und den Konsum von Waren und Dienstleistungen bezieht: Wie viel internationale Verflechtung ist in diesen Bereichen erwünscht? Inwieweit soll die Produktion in Unternehmen internationalisiert werden? Welche Vor- und Nachteile ergeben sich aus der Konzentration auf bestimmte Güter und die damit verbundene Produktionsweise (Technologie) für den jeweiligen nationalen Standort? Welche Güter (Luxusgüter versus Grundgüter) und Dienstleistungen (z.B. Hightech-Medizin versus Basissgesundheitsdienst) sollen Vorrang haben? Wer kommt in den Genuss der Vorteile und wer hat die Nachteile zu tragen?

2. *Mechanismen und Steuerung der Weltwirtschaft*: Wer sind die treibenden Kräfte hinter der außenwirtschaftlichen Öffnung: Nationalstaaten, Privatwirtschaft oder externe Akteure (TNU, IWF)? Wer trifft die wichtigen weltwirtschaftlichen Entscheidungen? Gibt es globale ordnungspolitische Institutionen, die ein Gegengewicht zu Weltmarktvorgängen bilden können? Welche weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen nutzen oder schaden welchen Ländern bzw. Bevölkerungsgruppen? Welche Rolle spielen globale Finanz- und Kapitalströme mit ihren Mechanismen? Wie beeinflussen sie die realwirtschaftliche Entwicklung?

3. *Verteilung der Produktionsmittel*: Wie ist der Zugang zu knappen Ressourcen geregelt, seien es Land oder Rohstoffe, Boden, qualifizierte Arbeit, Technologie oder Kapital? Wie sind etwa die Verfügungsrechte in Form von Patenten verteilt? Gibt es wirtschaftliche Konzentrationen (politische Macht, Fusionen), welche den freien Wettbewerb gefährden? Lassen sich Mängel in der Ausstattung mit bestimmten Faktoren ausgleichen, z.B. natürliche Ressourcen durch Humankapital?

4. *Wechselseitiges Verhältnis von Wachstum und Verteilung*: Inwieweit fördert oder hemmt weltwirtschaftliche Arbeitsteilung die Versorgung mit Gütern zur Befriedigung der Grundbedürfnisse? Ist ein freier Weltmarkt in der Lage, Angebot und Nachfrage zuzufriedenstellend zu koordinieren? Wie lässt sich sicherstellen, dass der Wohlstandskonsum in den entwickelten Ökonomien nicht zu Lasten der Grundbedürfnisse in den armen Ländern geht? Wie können letztere als kaufkräftige Nachfrage im globalen Kontext wirksam werden?

5. *Integration in die Weltwirtschaft*: Wie viel Integration ist für die einzelnen Volkswirtschaften hilfreich und wünschenswert? Bedarf es bestimmter Voraussetzungen, um sich erfolgreich in die internationale Arbeitsteilung einzubinden? Gibt es diesbezüglich eine optimale Reihenfolge politischer Maßnahmen? Ist eine Integration für alle Bevölkerungsgruppen von Vorteil? Wie ist in diesem Zusammenhang der Prozess der Globalisierung mit seinen Folgen einzuschätzen? Welche öffentlichen Güter stellt der Weltmarkt nicht zur Verfügung? Wie und durch wen können sie in diesem Fall bereitgestellt werden? Welches Tempo der Globalisierung und des damit verbundenen Strukturwandels ist menschengerecht und auch längerfristig bewältigbar?

## 1.2 Wachsende weltweite Abhängigkeiten und Verflechtungen

Die Weltwirtschaft kann heute durch die beiden sich ergänzenden Paradigmen der *Abhängigkeit* und *Interdependenz* beschrieben werden (vgl. Müller 1997, 40-52). Viele der Probleme der Armut im Süden und Osten haben interne Ursachen und sind von den jeweiligen Ländern und ihren Regierungen selbst zu verantworten. Viele Fehlentwicklungen werden jedoch begünstigt und verstärkt durch Strukturen und Mechanismen einer sehr fragwürdigen Weltordnung. Sie bringen nicht nur diese Länder in eine oft nahezu ausweglose Lage, sondern sind mitverantwortlich für globale Probleme und haben Rückwirkungen auf die Wohlstandsländer. Diese wechselseitigen, häufig aber ungleichgewichtigen Verflechtungen werden durch den Prozess der Globalisierung mit seinen verschiedenen, eng miteinander verbundenen Aspekten noch vertieft und verfestigt.

### 1.2.1 Vielfältige Formen struktureller Abhängigkeiten

1. Ein Grundmerkmal der Weltwirtschaft ist eine starke *wirtschaftliche Abhängigkeit* der Entwicklungs- und Transformationsländer. Ursache dafür ist ein erhebliches Machtgefälle, das in sehr unterschiedlichen Ausgangsbedingungen wurzelt. Das weltwirtschaftliche Klima ist sehr von den Volkswirtschaften in den USA, Europa und Japan abhängig, deren Wirtschafts- und Finanzpolitik weitreichende Auswirkungen auch auf die wirtschaftlichen Chancen der Länder des Südens und Ostens hat. Die Konjunktur dieser „Leitwirtschaften“ beeinflusst wesentlich die Nachfrage und damit die Weltmarktpreise für die meisten Rohstoffe, wichtigste Devisenquelle vieler, v.a. ärmerer Länder.

Die wirtschaftliche Abhängigkeit zeigt sich bes. deutlich an den Wechselkursbeziehungen, die von den Leitwährungen Dollar, Euro und Yen bestimmt werden. Während die Industrieländer ihren Außenhandel sowie ihre externe Verschuldung zumeist in ihren eigenen Währungen abwickeln können, sind die Entwicklungsländer großen Wechselkursrisiken ausgesetzt, da sie ihre Importe und ihren Schuldendienst in der Regel in (oft verschiedenen) fremden Währungen bezahlen müssen. Auch das internationale Finanzsystem wird weitgehend von Akteuren aus dem Norden und ihren Interessen bestimmt.

Ähnliches gilt für den Welthandel, wie der teils liberalisierte Agrarmarkt zeigt, der für die Landwirtschaften im Süden verheerende Auswirkungen hat. Das Agrarabkommen im Rahmen der WTO nötigt die Entwicklungsländer, ihre Märkte für hoch subventionierte Importe aus dem Norden zu öffnen, was in vielen Fällen einheimische Anbieter verdrängt, die keine vergleichbare staatliche Unterstützung erhalten. Gleichzeitig schützen die Industrieländer ihre eigene Landwirtschaft durch Handelsstrranken.

2. Eine enge Wechselwirkung besteht zwischen wirtschaftlicher und *politischer Abhängigkeit*, denn ihre ökonomische Macht verleiht den Industrieländern auch politischen Einfluss, der wiederum wirtschaftliche Vorteile sichern hilft. Dies zeigen die Entscheidungsprozesse in weltwirtschaftlichen Institutionen, in denen die Entwicklungs- und Transformationsländer meist nur geringen Einfluss haben. Am deutlichsten ist dies beim IWF und der Weltbank, wo die Stimmverteilung in etwa der ökonomischen Leistungsfähigkeit entspricht. In der WTO besteht zwar grund-

sätzlich Stimmengleichheit, faktisch geben jedoch oft informelle Absprachen sowie Expertenwissen den Ausschlag.

Die Vergabe von Entwicklungshilfe oder Schuldenerlasse erfolgen häufig nicht nach Bedürftigkeit, sondern nach geostrategischen und ökonomischen Interessen. Eine ähnlich ungleiche Behandlung kennzeichneter Sanktionsmaßnahmen, etwa bei Verletzung von Menschenrechten. Gleichzeitig ist die Mehrzahl der ärmsten Länder heute mehr denn je auf die Hilfe der reichen Länder angewiesen. Sie besitzen wenig Verhandlungsspielräume und müssen Auflagen ihrer Gläubiger oder des IWF meist akzeptieren, auch wenn es zu Lasten ihrer Bevölkerung geht.

3. Diese Asymmetrien sind eng verflochten mit *sozio-kultureller Abhängigkeit*, die in der Dominanz des westlichen Zivilisationsmodells gründet. Dies erklärt zumindest teilweise, warum die meisten Länder des Südens und Ostens eine „nachholende Entwicklung“ nach westlichem Vorbild anstreben, statt einen möglichst eigenständigen, auf ihre Bedürfnisse zugeschnittenen Weg einzuschlagen. Dabei übersehen sie jedoch leicht deren Schattenseiten wie soziale Ausgrenzung und Umweltzerstörung, was umso schwerer wiegt, als arme Länder kaum in der Lage sind, solche Fehlentwicklungen durch ein flächendeckendes Sozialsystem und umfangreiche Umweltinvestitionen abzufedern. Der „Vorbildcharakter“ des Nordens betrifft jedoch auch andere Bereiche, nicht zuletzt die Sicherheitspolitik. V.a. viele Schwellenländer orientieren sich an der militärischen Macht der reichen Länder und bemühen sich, möglichst moderne Waffen zu beschaffen.

### 1.2.2 Globale Herausforderungen und weltweite Zusammenarbeit

1. Die Weltgemeinschaft steht heute vor *globalen Herausforderungen*, die sich nur in gemeinsamer Verantwortung und Anstrengung bewältigen lassen. Armut und Fehlentwicklungen bedrohen nämlich nicht nur den gesellschaftlichen Zusammenhalt in den betroffenen Ländern, sondern sind Mitursachen für globale Probleme wie Bevölkerungswachstum, weltweit sich ausbreitende Krankheiten (Pandemien) oder Armut- und Arbeitsmigration. Sie sind auch Nährboden für grenzüberschreitende Kriminalität und internationalen Terrorismus, welche die Sicherheit in den Industrieländern und den Weltfrieden bedrohen. Am gravierendsten ist wohl die fortschreitende Umweltzerstörung, v.a. die globale Erwärmung durch Treibhausgase. Schon diese wenigen Tatsachen und Zusammenhänge, die sich fast beliebig erweitern lassen, zeigen die enge Verflechtung von Wohlstand im Norden und Armut im Süden und Osten. Viele der Probleme der Dritten Welt sind daher mehr Symptome des Nord-Süd-Gefälles als eingrenzbar, von den jeweiligen Ländern allein lösbar Aufgaben. Insofern sie negativ auf die Wohlstandsländer zurückwirken, rufen sie die weltweite Interdependenz und die Tatsache der nur „Einen Welt“ – zumindest als negative Schicksalsgemeinschaft – ins Bewusstsein.

2. Als Folge der vielfältigen Interdependenzen steht die Weltgemeinschaft vor der Alternative eines verschärften Nord-Süd-Konflikts oder einem Mehr an *globaler Partnerschaft*. Die strukturellen Abhängigkeiten enthalten einerseits ein enormes Konfliktpotenzial, das in sehr realen Interessengegensätzen gründet. Dabei geht es um die Vormacht auf Märkten, die Teilhabe am Wohlstand und v.a. den Zugang zu produktiven Ressourcen (Rohstoffe, Technologie, Humankapital usw.). Je knapper solche Güter werden, desto mehr wächst die Gefahr, dass bisher latente

Konflikte offen ausbrechen, wie zwischen- und innerstaatliche gewaltsame Auseinandersetzungen um lebensnotwendige Ressourcen (v. a. Wasser, Land) belegen. In einem weltweiten Verteilungskampf haben freilich v. a. kleinere und ärmere Länder wenig Perspektiven, was der Bereitschaft zur Gewalt Vorschub leistet.

Andererseits eröffnen die globalen Interdependenzen aber auch die Chance auf ein neues Miteinander, weil sie weltweite Zusammenarbeit geradezu erzwingen. Es besteht die Hoffnung, dass die negativen Rückwirkungen der globalen Probleme auf alle Regionen der Welt die Einsicht und das Bewusstsein dafür wachsen lassen, dass es aufgrund der vielfältigen Verflechtungen – jedenfalls längerfristig – nur gemeinsame Gewinner und Verlierer geben wird. Dies ist eine wichtige Voraussetzung, keineswegs aber eine Garantie für unerlässliche Reformen.

### 1.3 Globalisierung als vielschichtiger Prozess

Die Globalisierung hat die beschriebenen Abhängigkeiten und Interdependenzen verstärkt, weshalb es unverzichtbar ist, sie in eine Analyse der Weltwirtschaft einzu beziehen. Auch wenn der grenzüberschreitende Austausch von Gütern nichts Neues ist, sondern schon immer ein Merkmal der Beziehungen zwischen Völkern und Staaten war, so hat die Globalisierung doch zu einer bisher ungekannten Verdichtung und Beschleunigung der wechselseitigen Verflechtungen geführt, was keineswegs auf den wirtschaftlichen Bereich beschränkt ist. Die Beschäftigung mit der Globalisierung und ihren verschiedenen, miteinander verwobenen Teilaspekten kann daher auch den Blick für nichtökonomische Faktoren schärfen, was für eine ethnische Reflexion der Weltwirtschaft von hoher Relevanz ist.

#### 1.3.1 Vorgeschichte der Globalisierung

1. Die gegenwärtigen Strukturen der Weltwirtschaft haben sich in einer langen, weitgehend von den Interessen der Industrieländer bestimmten Geschichte herausgebildet (vgl. Müller 1997, 31-40). Darum ist es kaum verwunderlich, dass ihre Mechanismen den Norden begünstigen und tendenziell zu Lasten bisher weniger entwickelter Länder gehen. Eine *historische Analyse* grundlegender Entwicklungslinien der Weltwirtschaft und der Nord-Süd-Beziehungen zeigt zudem, dass die weltwirtschaftliche Integration keineswegs kontinuierlich verlaufen ist, sondern von zahlreichen Rückschlägen begleitet wurde und immer wieder neue Impulse erhalten hat. Umfang und Wachstumsraten des internationalen Handels sind starken Schwankungen unterworfen, und dies gilt noch mehr, wenn man die außenwirtschaftliche Öffnung einzelner Länder betrachtet (Rodrik 2000, 14f). Ursache prozessionistischer Tendenzen waren häufig bewusste politische Entscheidungen, nicht selten als Folge politischer Konflikte. Umgekehrt gingen von technologischen Entwicklungen im Transport- und Kommunikationsbereich, wie etwa der Erfindung des Buchdrucks im 16. Jahrhundert, der Dampfmaschine und Eisenbahn im 19. Jahrhundert oder des Internet im ausgehenden 20. Jahrhundert, wichtige Impulse für stärkere außenwirtschaftliche Beziehungen aus.

2. Die moderne Weltwirtschaft entstand in engem Verbund mit der kolonialen Expansion, die Ende des 15. Jahrhunderts begann und im Imperialismus des ausgehenden 19. Jahrhunderts gipfelte. In dieser letzten Phase wurden die nationalen

Grenzen immer durchlässiger und die weltwirtschaftlichen Beziehungen nahmen an Dynamik zu. Es waren v. a. die Nationalstaaten, die diese Prozesse vorantrieben und so ihre Position stärkten, weshalb Kaufmann (1998, 6) von einer *Internationalisierung* spricht. In mancher Hinsicht waren die industrialisierten Länder damals wirtschaftlich ähnlich eng verflochten wie heute, weshalb diese Phase manchmal auch „erste Globalisierung“ genannt wird (Brock 1997, 12-15). Der internationale Güterhandel verzeichnete hohe Zuwachsraten, und der Anteil der Exporte am BSP erreichte in Westeuropa mit nahezu 20% (Rodrik 2000, 15) einen Wert, der in etwa dem heutigen entspricht. Außerdem war der Strom von Arbeitsmigranten, v. a. aus Europa nach Nordamerika, weit umfangreicher als heute. Die Kolonien waren in die internationale Arbeitsteilung allerdings nur als Rohstofflieferanten (oft Monokulturen) und Absatzmärkte für verarbeitete Güter der Kolonialmächte integriert, was ihnen wenig Chancen für eine eigenständige Entwicklung ließ.

3. Die *Erblast des Kolonialismus* hat den Aufbau funktionsfähiger und stabiler Nationalökonomien verzögert und erschwert. Die kolonialen Strukturen waren nämlich mit der Unabhängigkeit nicht einfach beseitigt, sondern wirken teils bis heute fort. Als besonders folgenreich haben sich willkürliche Grenzziehungen (v. a. in Afrika) und Zwangsumsiedlungen innerhalb und zwischen den Kolonien erwiesen, die mit verantwortlich sind für viele ethnische Konflikte der Gegenwart. Eine schwere Erblast sind auch dualistische Strukturen in fast allen gesellschaftlichen Bereichen, d. h. ein Nebeneinander von modernen, durch die Kolonialherren geschaffenen und traditionellen Strukturen, angefangen von der Wirtschaft (z. B. Geldwesen) bis hin zur Politik (z. B. Verwaltung) und Kultur (z. B. Sprache).

4. Nach dem Zweiten Weltkrieg hat eine Phase stetig zunehmender weltweiter Verflechtung in wirtschaftlicher, politischer und kultureller Hinsicht begonnen. Ein wichtiger Anstoß dazu war die Schaffung supranationaler Institutionen, welche die nationalstaatlichen Ordnungen übergreifen. Diese Prozesse werden häufig als *Transnationalisierung* bezeichnet (Kaufmann 1998, 6). Dazu gehört insbesondere das 1945 entstandene System der Vereinten Nationen (UNO), das in den folgenden Jahrzehnten um zahlreiche Unter- und Sonderorganisationen erweitert wurde. Die Weltbank und der Internationale Währungsfonds (IWF), beide bereits 1944 in Bretton Woods gegründet (vgl. 3.3), widmeten sich zunächst v. a. dem Wiederaufbau im Nachkriegseuropa, wurden jedoch schon bald zu den wichtigsten Akteuren in den Nord-Süd-Beziehungen. Mächtigster Motor der Weltwirtschaft war das GATT von 1948, das 1995 in die Welthandelsorganisation (WTO) übergegangen ist (vgl. 2.2.2). Es schuf die Voraussetzungen für einen kontinuierlichen Abbau von Zöllen und anderen Handelsbarrieren und damit für eine Ausdehnung des weltweiten Güterhandels. Eine Form der Transnationalisierung sind auch regionale Integrationsprojekte wie die Nordamerikanische Freihandelszone (NAFTA) oder die Europäische Union (EU) als das am weitest fortgeschrittene Projekt (vgl. 6.4). Sie haben die regionale wirtschaftliche Verflechtung erheblich vorangetrieben.

5. Mit dem *Ende des kalten Krieges* im Jahr 1989 wurde die weltweite Interdependenz nicht nur in ökonomischer Hinsicht verstärkt und beschleunigt. Die Einbindung der Länder des ehemaligen Ostblocks in die internationale Arbeitsteilung hat neue Exportmärkte eröffnet, wovon auch die Länder im Süden, vorwiegend die Schwellenländer profitieren. Die meisten Transformationsländer sind umgekehrt in

mancher Hinsicht zu Konkurrenten der Entwicklungsländer auf dem Weltmarkt geworden. Dies betrifft auch die EZ, denn viele dieser Länder stehen vor vergleichbaren Problemen und sind für ihre oft schwierigen Transformationsprozesse auf finanzielle Hilfe von außen angewiesen. Die mit solchen Reformen verbundenen Risiken wie Verteilungskonflikte oder politische Spannungen, die in einigen Fällen zum Auseinanderbrechen von Nationalstaaten geführt haben, bleiben nicht ohne Rückwirkungen auf die weltweiten Beziehungen.

### 1.3.2 Kontroverse Einschätzung der Globalisierung

1. Die Globalisierung ist ein vielschichtiger Vorgang, der *höchst unterschiedlich wahrgenommen und bewertet* wird. Einerseits verbindet man mit ihr geradezu euphorische Erwartungen, was globalen Wohlstand, weltweite Zusammenarbeit und Weltfrieden angeht. Andererseits ist die wachsende Protestbewegung gegen die Globalisierung ein Ausdruck für vielfältige Ängste, insbesondere der Sorge vor einem weltweiten Sozialdarwinismus und einer Welteinheitskultur. Diese widersprüchlichen Einschätzungen zwischen Glorifizierung und Dämonisierung sind allerdings häufig Urteile, ja manchmal geradezu Glaubensbekenntnissen, die in ihrer Pauschalität nur kaum durch die realen Fakten gedeckt sind.

2. Die kontroverse Debatte ist nicht zuletzt eine Folge davon, dass der Begriff der Globalisierung höchst diffus und völlig unterschiedlich verwendet wird, weshalb er zur Erklärung vielfältiger Tatbestände im Sinne einer „catch-all“-Formel herhalten muss, wie etwa die Diskussion um das Verhältnis von Frauen und Globalisierung zeigt (Leiner & Osmer 2000). Dies verweist auf erhebliche *methodische Probleme*. Nicht alle aus Sicht der Betroffenen zurecht negativ beurteilten Entwicklungen können nämlich auf die Globalisierung zurückgeführt werden. Primäre Ursachen sind nicht selten Faktoren in den jeweiligen Ländern selbst wie schlechte Regierungsführung, administrative Mängel oder eine falsche Wirtschafts- oder Sozialpolitik, deren Fehlentwicklungen durch die Globalisierung freilich erheblich verstärkt werden können. Zudem ist der Verweis auf die Globalisierung zuweilen auch von fragwürdigen Interessen geleitet. All dies zeigt, wie wichtig eine nüchternere Bestandaufnahme ist, die sich bemüht, Erscheinungsformen, Ursachen und Wirkungszusammenhänge der Globalisierung möglichst genau aufzuzeigen. Sie muss jene Phänomene herausarbeiten, die tatsächlich auf die Globalisierung zurückgeführt werden können, und von jenen trennen, die andere Ursachen haben, auch wenn sie durch die Globalisierung verstärkt sein mögen (Cohen 1998). Dazu braucht es zunächst eine Klärung des Begriffs der Globalisierung.

3. Globalisierung umschreibt den Prozess einer bisher nicht gekannten *Verdichtung und Beschleunigung grenzüberschreitender Interaktionen*, die zu einer auch alltaglich erfahrbaren Wirklichkeit geworden sind. Sie vernetzt Individuen, Institutionen und Staaten immer dichter und schneller zu einem komplexen Gefüge wechselseitiger, oft ungleichgewichtiger Abhängigkeiten. Primärer Bezugspunkt dieser Entwicklung sind nicht mehr Nationalstaaten, sondern die Welt als Ganze oder zumindest größere Weltregionen. Dieser Prozess ist weder einheitlich und umfassend noch verläuft er geradlinig. Geschwindigkeit, Reichweite und Tiefenwirkung in den einzelnen Ländern und Weltregionen sind zum einen sehr unterschiedlich, zum anderen gibt es vielfältige Gegenbewegungen (WA-DBK 1999, 12).

4. Die Globalisierung umfasst *verschiedene Dimensionen*, die in ihren Wechselwirkungen zu sehen sind (Habermas 1998). Zumeist wird sie als ein ökonomisches Phänomen betrachtet, ohne die ökologischen, sozio-kulturellen und politischen Aspekte genügend zu beachten. All diese Dimensionen sind wechselseitig miteinander verbunden und wirken sich unmittelbar auf die Lebens-, Arbeits- und Konsumgewohnheiten der Menschen aus. Mit der Globalisierung eng verbunden ist nämlich die Ausbreitung westlicher Wertvorstellungen und Leitbilder. Moderne Kommunikationsmittel und Medien, aber auch Produkte und Markennamen als „verdinglichte Ideen“ verbreiten die Werte und Bilder westlicher Lebensweise täglich in alle Welt und wecken überall die Erwartung einer nachholenden Entwicklung. Leitbilder wie Menschenrechte, Demokratie und Marktwirtschaft betrifft dies ebenso wie Produktionsweisen, Konsummuster und Freizeitverhalten.

5. Die Globalisierung kann auf *zwei Hauptursachen* zurückgeführt werden. Dies ist einerseits der technologische Fortschritt im Transport- und Kommunikationsbereich, der dank erheblich niedrigerer Kosten neue Ausmaße von Mobilität (z.B. Massentourismus) und Kommunikation (z.B. Internet) ermöglicht hat. Technische Innovationen haben zwar schon immer internationale Aktivitäten gefördert, ihr Tempo hat jedoch heute ganz neue Ausmaße erreicht, wie die rasante Verbreitung des Internet zeigt. Die zweite Ursache ist die Liberalisierung der Weltwirtschaft durch den Abbau von Zöllen und anderen Handelsstrranken sowie als Folge davon der Trend zur Privatisierung und Kommerzialisierung von immer mehr Lebensbereichen. Insofern ist die Globalisierung keineswegs einfach eine „Naturgewalt“, der man hilflos ausgeliefert ist, sondern sie ist weithin ein gewolltes und von Interessen geleitetes Projekt, das durch politische Entscheidungen vorangetrieben wurde und wird. Insofern muss man unterscheiden zwischen der Globalisierung als einem *Prozess* wachsender grenzüberschreitender Verflechtungen, der in gewisser Weise unumkehrbar sein dürfte, und als einem *gewollten Programm*, das sich sehr wohl politisch gestalten und teils auch verändern lässt.

### 1.3.3 Weltwirtschaftliches Gefälle als empirischer Tatbestand

1. Als *Indikator* für die wirtschaftliche Entwicklung dient in der Regel das Pro-Kopf-Einkommen (PKE) bzw. das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf, was jedoch mit nicht geringen Problemen verbunden ist. So sagen diese Indikatoren nichts über die Verteilung aus und nichtmonetarisierte Leistungen erfassen sie überhaupt nicht. Bei internationalen Vergleichen kommt noch das Problem der Umrechnung in Dollar hinzu, was unter Verwendung amtlicher Wechselkurse zu starken Verzerrungen führt. Die faktische Kaufkraft in Entwicklungsländern, die für den realen wirtschaftlichen Leistungsstand maßgebend ist, wird damit üblicherweise erheblich unterschätzt. Daher wird seit einigen Jahren das BIP pro Kopf auf der Basis von so genannten Kaufkraftparitäten (KKP) umgerechnet, was zur Folge hat, dass die Einkommensunterschiede zwischen Nord und Süd nach wie vor groß bleiben, aber geringer ausfallen als meist angenommen.

Armut bedeutet allerdings nicht nur einen Mangel an Einkommen, sondern ist in der Regel mit sozialer Ausgrenzung in vielfältigen Formen verbunden. Dazu gehört der Ausschluss von grundlegenden gesellschaftlichen Leistungen wie Bildung und Gesundheit, aber auch fehlender politischer Einfluss sowie unzulängliche so-

ziale Sicherheit. Für dieses umfassende Armutsverständnis gibt es bisher noch keinen geeigneten Indikator, auch wenn der Human Development Index (HDI) des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) diese Dimensionen der Armut besser erfasst. Im PKE spiegeln sich solche Aspekte zumindest insofern wieder, als der Zugang zu den genannten Leistungen in hohem Maße einkommensabhängig ist. Daher wird, mangels überzeugender Alternative, das PKE auf der Basis von Kaufkraftparitäten weiter als internationaler Vergleichsmaßstab für Wohlstand verwendet.

Tab. 1: Weltwirtschaftliches Nord-Süd- bzw. West-Ost-Gefälle

	BIP pro Kopf (PPP) 2002	BIP pro Kopf jährl. Wachstum (%)		Extreme Armut	
		1975-2002	1990-2002	Anteil der Bevölkerung in %	Anzahl in Mio.
WELT	7.804	1,3	1,2	29,0	22,7
OECD	24.904	2,0	1,7		1.276
High Income OECD	29.000	2,1	1,7		1.151
Entwicklungsländer LDC	4.054	2,3	2,8		
	1.307	0,5	1,4		
Afrika stül. Sahara	1.790	-0,8	-0,3 <sup>1</sup>	47,7	46,7
Südostasien	2.658	2,4	3,2	44,0	36,9
Naher Osten und Nordafrika	5.069	0,1	1,0	2,4	2,3
Ostasien und Pazifik	4.768	5,9	5,4	27,6	14,2
Lateinamerika und Karibik	7.223	0,7	1,3	16,8	15,1
Transformationsländer	7.192	-1,5	-0,9	1,6	3,6

Datum bezieht sich auf jährliches Wachstum zwischen 1990 bis 2000.

Quelle: Spalte 1 und 2: Daten der Weltbank, zitiert nach: UNDP 2004, 225.

Spalte 3: Daten der Weltbank, zitiert nach: UNDP 2002, 21.

2. Die Weltwirtschaft ist durch ein deutliches *Nord-Süd- und West-Ost-Gefälle* geprägt (vgl. Tab. 1). Nach Angaben der Weltbank in ihrem jährlichen Weltentwicklungsbericht war das BIP pro Kopf (KKP) in den OECD-Ländern im Jahr 2002 mehr als sechsmal so hoch wie in den Entwicklungsländern. In den Industrieländern mit hohem Einkommen war es knapp 22-mal so hoch wie in den ärmsten Entwicklungsländern. Im reichsten Land der Welt, Luxemburg, betrug es 2001 sogar etwa das 117fache von Sierra Leone, dem weltweit ärmsten Land.

3. Die *Entwicklung der globalen Ungleichheit* in den vergangenen Jahrzehnten verlang jedoch eine differenziertere Betrachtung (vgl. Lorenz 2003). Wenn man die globale personale Verteilung des Wohlstands betrachtet, so hat sich die Kluft zwischen den reichsten und ärmsten 10% der Weltbevölkerung deutlich, zwischen den reichsten und ärmsten 20% geringfügig vertieft. Beim Vergleich der reichsten und ärmsten 25% oder 33% ist hingegen eine leichte Abnahme des Wohlstandsgefälles festzustellen. Dies ist v.a. auf das relativ hohe wirtschaftliche Wachstum in China und Indien zurückzuführen, die zusammen rund ein Drittel der Weltbevölkerung umfassen. Das Gefälle hat also v.a. an den Rändern der globalen Wohlstandsverteilung zugenommen, worin manche einen Ausschluss (exclusion) von bzw. eine Fragmentierung der Weltwirtschaft sehen (Scholz 2004, 215-258).

Ein ähnliches Bild ergibt sich, wenn man die jährlichen Wachstumsraten des BIP pro Kopf zwischen Industrie- und Entwicklungsländern vergleicht (vgl. Tab. 1). In den letzten 25 Jahren haben letztere durchschnittlich etwas höhere Wachstumsraten erzielt als erstere, die ärmsten Entwicklungsländer erreichten allerdings nur deutlich niedrigere Zuwachsraten. Die wachsende Kluft darf jedoch nicht mit einem Scheitern aller Entwicklungspolitik gleichgesetzt werden, da der Abstand anderenfalls vermutlich noch größer wäre und es in einigen Bereichen (z. B. Lebenserwartung, Alphabetisierung) auch Annäherungen gab.

4. Der *Einfluss der Globalisierung* auf diese Entwicklungen ist nicht eindeutig, da sie sowohl Chancen für ein wirtschaftliches Aufholen bietet wie die Ungleichheit noch verstärken kann (Gunter & Hoeven 2004). Die Heterogenität der Entwicklungsländer ist ein wichtiger Grund, warum die Entwicklung so unterschiedlich verlaufen ist, wie auch die regionalen Ungleichgewichte zeigen (vgl. Tab. 1). Während Ost- und Südostasien in den letzten 25 Jahren überdurchschnittlich hohe und Südostasien seit 1990 hohe Einkommenszuwächse erzielen konnten, blieben Lateinamerika und die Staaten des Nahen Ostens deutlich hinter den Wachstumsraten der Industrieländer zurück. Afrika und die ehemals kommunistischen Länder, mit Ausnahme der Länder Mittel- und Osteuropas, mussten dagegen sogar Einkommenseinbußen hinnehmen.

5. Diese länderübergreifenden Vergleiche dürfen freilich nicht den Blick für die *ungleichen nationalen Einkommensverteilungen* verstellen, die in Entwicklungs- und Transformationsländern meist weit ausgeprägter sind als in Industrierstaaten. Die aktuelle Diskussion schenkt darum dem Zusammenhang zwischen Wachstum und Verteilung wieder mehr Aufmerksamkeit. Dabei geht es nicht nur um die Verteilungswirkung von Wachstum, sondern auch um den Einfluss der Einkommensverteilung auf die Wachstumsaussichten. Zahlreiche empirische Untersuchungen (Klassen 2004, 93-101) zeigen, dass eine Abnahme der Einkommensungleichheit, bes. der geschlechtsspezifischen, für die Bekämpfung der Armut von entscheidender Bedeutung ist, und zwar in dreifacher Hinsicht: Sie verbessert die ökonomischen Chancen der Armen, sie erhöht die Aussicht auf gesamtwirtschaftliches Wachstum und sie stärkt den Beitrag des Wachstums zur Armutsbekämpfung. Wachstums- und Verteilungsziele sind also häufig komplementär.

6. Hauptproblem ist die nach wie vor sehr hohe *Zahl von extrem Armen*, die über eine Kaufkraft von weniger als einem Dollar pro Tag verfügen. Ihr Anteil an der Weltbevölkerung ist im Laufe der 1990er Jahre zwar von 29% auf etwa 23% gefallen, ihre absolute Zahl hat sich jedoch aufgrund des Bevölkerungszuwachses nur geringfügig auf 1,15 Mrd. verringert (vgl. Tab. 1). Am meisten betroffen sind der südastatische Subkontinent und Schwarzafrika, wo die Zahl der Armen auf hohem Niveau stagniert oder sogar zugenommen hat. In den Transformationsländern hat sich die extreme Armut mehr als verdoppelt. Lediglich Ostasien hat sowohl prozentual als auch absolut einen deutlichen Rückgang zu verzeichnen.

7. Angesichts dieser und ähnlicher Fakten, v.a. angesichts des globalen Nebeneinander von größtem Wohlstand und extremer Armut, lässt sich zu Recht die Frage stellen, ob die Entwicklung in den reichen Ländern nicht auf Kosten anderer Länder geht und vielleicht sogar so etwas wie eine „*Überentwicklung*“ darstellt. Die

Produktions- und Konsummuster der Industrieländer sind zum Teil auf einen aufwändigen Lebensstil ausgerichtet und im Vergleich zu den meisten anderen Ländern mit einem vielfachen Pro-Kopf-Verbrauch an Energie, mineralischen Rohstoffen und anderen natürlichen Ressourcen verbunden. Ebenso tragen sie überproportional zur globalen Erwärmung durch Treibhausgas bei. So verbrauchen 15% der Weltbevölkerung in den Industrieländern mehr als 60% aller kommerziellen Energie, und allein die Einwohner der USA, Japans und Europas mit knapp 790 Mio. Einwohnern (13% der Weltbevölkerung) sind für mehr als 40% der weltweiten Kohlendioxid-Emissionen verantwortlich (UNEP 1999, 5). Damit schränken sie die wirtschaftlichen Chancen bisher weniger entwickelter Länder ein, da ein breiter Wachstumsprozess in diesen Ländern unter den gleichen Produktions- und Konsumbedingungen zu verschärfen globalen Verteilungskonflikten um knappe Umweltressourcen führen würde.

## 1.4 Globalisierung als wirtschaftlicher Prozess

### 1.4.1 Erscheinungsformen

1. Die Globalisierung der Ökonomie hat die Industrialisierung weiter Teile der Erde verstärkt und zu einer starken Zunahme weltweiter *Produktionskapazitäten* geführt. Nach dem Zweiten Weltkrieg nahm die weltweite Produktion kontinuierlich zu, allerdings mit sinkender Zuwachsrate. Betrug der durchschnittliche jährliche Anstieg der Produktionsmenge bis in die 1970er Jahre 5-6% pro Jahr, so war 1990-2000 nur noch ein jährlicher Zuwachs von knapp über 2% zu verzeichnen (WTO 2001c, 27). Wesentlich dazu beigetragen hat eine Reihe von Schwellenländern v. a. in Ostasien, die schon lange die Stufe von Rohstofflieferanten und Produzenten einfacher Fertigwaren verlassen und seit Beginn der 1980er Jahre die Industrieländer im Wachstum hinter sich gelassen haben. Sie konnten ihren Anteil an der weltweiten Produktion von Waren und Dienstleistungen überproportional steigern. Die Ausweitung globaler Produktionskapazitäten hat auf vielen Märkten zu einem verstärkten, heute weltweiten Wettbewerb geführt. Diese Entwicklung verläuft jedoch keineswegs einheitlich und darf nicht den Blick für die teils erheblichen regionalen und strukturellen Ungleichgewichte verstellen (vgl. 1.3.3 / 4.).

2. Seit Mitte des 20. Jahrhunderts ist in der Gesamttendenz auch eine *dynamische Expansion des Welthandels* zu verzeichnen, was auf eine Vertiefung der weltwirtschaftlichen Verflechtung hinweist (vgl. 2.3). Allein 1990-2000 lag der jährliche Wertzuwachs (zu jeweiligen Preisen) bei den weltweiten Exporten bei durchschnittlich 6% (WTO 2002a, 13). Dies ist v. a. auf die Liberalisierung und Deregulierung des Welthandels und das Entstehen regionaler Wirtschaftsräume zurückzuführen und hat die Zahl der Teilnehmer am Welthandel stetig ansteigen lassen. Dieses Wachstum des weltweiten Handels darf jedoch nicht überschätzt werden, denn in der Hochphase der Internationalisierung zu Beginn des 20. Jahrhunderts lagen die globalen jährlichen Zuwachsraten deutlich höher. Außerdem betrug der Anteil der exportierten Waren am Weltsozialprodukt im Jahr 2000 nur 20% (eigene Berechnung nach Weltbank 2002a, 277 und 279). Zudem entfallen etwa die Hälfte der Handelsbeziehungen auf den Binnenraum der jeweiligen Weltwirtschaftsregionen, in der EU sind es sogar über 60% (vgl. Tab. 4).

3. Die *ausländischen Direktinvestitionen* sind seit Mitte der 1980er Jahre treibender Motor der ökonomischen Globalisierung (vgl. 9.1.2-3). Ihre jährlichen durchschnittlichen Zuwachsraten liegen seit 1985 deutlich über denen der Weltproduktion und des Welthandels und haben bes. 1995-2000 Rekordzuwächse von jährlich über 30% erreicht. Der Großteil dieser Investitionen erfolgt nach wie vor in den reichen Ländern, wenn auch bes. der Anteil der wachstumsstarken Schwellenländer kontinuierlich wächst. Dieses starke Wachstum ist v. a. auf grenzüberschreitende Übernahmen und Zusammenschlüsse von Unternehmen oder den Erwerb ehemaliger Staatsbetriebe durch ausländische Investoren zurückzuführen. Eine Rolle spielt auch die Gründung bzw. Erweiterung von Tochtergesellschaften oder Zweigniederlassungen.

4. Ein bisher ungekanntes Ausmaß weltwirtschaftlicher Verflechtung zeigt der *internationale Kapitalverkehr*, der in den letzten Jahren enorm zugenommen hat (vgl. 3.4). Die grenzüberschreitenden Anleihe- und Aktientransaktionen gemessen am BIP sind beispielsweise in den USA, Deutschland und Japan von jeweils unter 10% zu Beginn der 1980er Jahre auf über 50% in den USA, 30% in Japan und mehr als 80% in Deutschland angestiegen (Herr 2001, 270). Auch die Schwellenländer und eine Reihe von Transformationsländern wurden in relativ kurzer Zeit in die internationalen Finanzmärkte integriert. Die Struktur internationaler privater Finanzströme hat sich dadurch stark gewandelt. Ihr überwiegender Teil ist inzwischen renditeorientiert, d.h. es handelt sich um unabhängige bzw. autonome Transfers, die nicht durch den Güterhandel bedingt sind bzw. aus zurückliegenden Investitionen resultieren. Ein zweites Merkmal ist eine deutliche Verlagerung zu kurzfristigen Portfolios (Aktien, Rentenscheine), die an der Börse gekauft und sehr schnell wieder verkauft werden können. Geradezu explosionsartig entwickelt hat sich der Handel mit Währungen. Ursache ist ein grundlegender Wandel der internationalen Währungs- und Finanzordnung Anfang der 1970er Jahre, als man das System fester Wechselkurse aufgab (vgl. 3.2.2) und die Staaten bis dahin gültige Beschränkungen für grenzüberschreitende Finanzströme zunehmend aufhoben.

### 1.4.2 Wirtschaftliche Auswirkungen

1. Die *Gütermärkte* sind v. a. durch meist langfristige Wachstumseffekte bestimmt, die durch strukturelle Veränderungen ausgelöst sind. Weitergehende Einigkeit besteht unter Ökonomen, dass die Öffnung der Märkte und die Ausdehnung der weltweiten Arbeitsteilung durch die Globalisierung Chancen für mehr wirtschaftliches Wachstum und weltweit mehr Wohlstand bietet, wovon v. a. auch bisher weniger entwickelte Länder profitieren können. Die Tatsache, dass exportorientierte Volkswirtschaften einen wesentlich günstigeren Wachstumsverlauf verzeichnen als binnenwirtschaftlich orientierte, bestätigt diese Einschätzung. Diese positiven Effekte, zumal für kleinere Länder, beruhen v. a. darauf, dass die außenwirtschaftliche Öffnung größere Absatzmärkte schafft und die Möglichkeit zu billigerer Produktion dank größerer Stückzahlen bietet. Außerdem haben Volkswirtschaften, die in die internationale Arbeitsteilung eingebunden sind, bessere Aussichten, neue Technologien und innovative Produkte aus dem Ausland zu nutzen. Dies kann die Produktivität erhöhen und das Wachstum beschleunigen.

Die Erfahrung zeigt allerdings auch, dass diese Chancen nur bei einer breiten und diversifizierten Wirtschaftsentwicklung wahrgenommen werden können. Für die Mehrzahl der Entwicklungs- und Transformationsländer, v.a. wenn sie ärmer sind, trifft dies bisher jedoch nicht zu, denn es fehlt ihnen an entsprechenden Rahmenbedingungen und an Humankapital. Außerdem konnten sie ihre Exportstruktur noch nicht über einzelne Rohstoffe und einfache Vorprodukte hinaus erweitern. Hinzu kommt, dass ihre wirtschaftlichen Eigenanstrengungen oft von den Industrieländern und ihren Unternehmen behindert werden, etwa durch Protektionismus oder wenig Zugang zu Technologien, Patenten und Lizenzen.

Darüber hinaus ist die weltwirtschaftliche Integration für die einzelnen Volkswirtschaften auch mit nicht unerheblichen grundsätzlichen Problemen und Risiken verbunden. Offene Ökonomien sind nicht nur externen konjunkturellen Einflüssen (Weltmarktpreise, Wechselkurs- und Zinsänderungen) stärker ausgesetzt, sondern auch einem permanenten strukturellen Anpassungsdruck unterworfen. Diese Entwicklung wird durch die Globalisierung zweifelsohne verstärkt und beschleunigt. Der damit verbundene verstärkte Wettbewerb schafft beträchtliche Risiken, wenn etwa Produktionsbereiche verlagert werden, traditionelle Betriebe dem Druck nicht standhalten können oder kleinere und mittlere Unternehmen durch wirtschaftliche Konzentration verdrängt werden. Auf dem Weltmarkt sind nämlich nur größere Betriebseinheiten konkurrenzfähig. Ärmere Bevölkerungsschichten und die armen Länder sind davon bes. betroffen, weil sie kaum Möglichkeiten haben, sich gegen Weltmarktschwankungen und Strukturkrisen zu schützen.

2. Die Verflechtung des globalen Kapitalverkehrs steigert die Effizienz internationaler *Finanzmärkte*, was zu einer Steigerung der Wohlfahrt beitragen kann. So erleichtern liberalisierte Devisenmärkte den internationalen Zahlungsverkehr und senken somit die Transaktionskosten des Güterhandels und ausländischer Direktinvestitionen. Für die Kapitalnehmer hat die Integration der Geld- und Kapitalmärkte v.a. den Vorteil, dass sie aus mehr Finanzierungsquellen die günstigste auswählen können. Umgekehrt haben die Kapitalgeber eine größere Auswahl an Finanzanlagen, so dass sie ihre Risiken durch mehr Diversifikation verringern können, was die Effizienz der Kapitalvergabe steigert. Entwicklungsländern bietet all dies die Chance, ihren hohen Finanzierungsbedarf zu decken und so ihre wirtschaftliche Entwicklung zu stärken. Dies nützt v.a. Schwellenländern und einer Reihe von Transformationsländern. Viele Entwicklungsländer, zumal wenn sie bes. arm sind, haben dagegen faktisch kaum Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten und können nur wenig privates Kapital anziehen.

Noch schwerer wiegt die Tatsache, dass Finanztransaktionen weit mehr als andere Geschäfte mit Unsicherheiten und Risiken behaftet sind, die durch die Verflechtung mit dem internationalen Kapitalverkehr noch gesteigert werden (WA-DBK 2001, 37-46). So kann massive Devisenspekulation das Risiko flexibler Wechselkurse phasenweise erheblich erhöhen, was zu einem schnellen und starken Wertverfall einer Währung führen und im schlimmsten Fall die gesamte Wirtschaft eines Landes in die Rezession treiben kann.

Ein weiterer Gefahrenherd sind die zu einem Großteil renditeorientierten kurzfristigen Finanzströme. Die liberalisierten Finanz- und Währungsmärkte tragen dazu

bei, dass der Zufluss riesiger privater Geldsummen in ein Land bei drohenden Gewinnverlusten in kürzester Zeit in einen starken Abfluss umschlagen kann. Dies kann nicht nur in den betroffenen Ländern die gesamte Volkswirtschaft in eine Krise stürzen, sondern die Krise kann auch auf andere Länder übergreifen und gewaltige Turbulenzen im gesamten internationalen Finanzsektor auslösen, wie etwa bei der Asienkrise 1997. Selbst ärmere Entwicklungsländer können indirekt darunter leiden, wenn z.B. als Folge von Krisen weltweit die Güternachfrage abnimmt, was u.a. die Rohstoffpreise und damit ihre Deviseneinnahmen sinken lässt. Außerdem ist in ihnen in Krisenzeiten nicht selten eine verstärkte Kapitalflucht zu beobachten. Dies ist ein weiterer Beleg dafür, dass in der Regel die Armen die Hauptlast solcher Krisen zu tragen haben.

3. Die Globalisierung hat auch massive Auswirkungen auf die *Arbeitsmärkte*. Der Abbau von Handels- und Investitionsschranken und als Folge davon ein verschärfter Wettbewerb führen weltweit zu einem grundlegenden Wandel der Beschäftigungsverhältnisse und zu tendenziell steigenden Einkommensunterschieden zwischen hoch und niedrig qualifizierter Arbeit (Rodrik 2000, 19-40). Dies zeigt, dass die Grenze zwischen „Verlierern“ und „Gewinnern“ der Globalisierung auch quer durch die Gesellschaften verläuft.

In den Industrieländern führt die Globalisierung tendenziell zu weniger festen Beschäftigungsverhältnissen und geringeren Einkommen niedrig qualifizierter Arbeit. Eine Hauptursache dafür ist der zunehmende Handel zwischen Ländern mit unterschiedlicher Faktorausstattung. Wenn Industrieländer mit einem relativ hohen Niveau an Humankapital Handel mit Entwicklungsländern treiben, die reichlich über unqualifizierte Arbeit verfügen, werden sie sich in der Regel auf wissens- und kapitalintensive Produkte konzentrieren und jenen die arbeitsintensive Produktion überlassen. Damit steigt in ersteren die Nachfrage nach hoch qualifizierter Arbeit, während die nach niedrig qualifizierter Arbeit abnimmt. Dies erzwingt entweder sinkende Löhne, wie etwa in den USA, oder führt bei vergleichsweise hohen Löhnen zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit im Bereich gering qualifizierter Beschäftigung, was in Europa der Fall ist.

Der Großteil des weltweiten Handels verläuft jedoch nach wie vor zwischen Industrieländern mit ähnlicher Faktorausstattung. In diesem Fall verschiebt schon der technologische Fortschritt mit seinen Rationalisierungseffekten die Nachfrage von unqualifizierter zu qualifizierter Arbeit. Die Globalisierung verstärkt und beschleunigt diesen Prozess. Die Zunahme ausländischer Direktinvestitionen führt nämlich zu einer elastischeren Nachfrage nach gering qualifizierter Arbeit, d.h. die Nachfrage reagiert schneller auf veränderte Arbeitskosten, da andere Produktionsfaktoren international mobiler werden. Dies schwächt tendenziell die Verhandlungsmacht von Gewerkschaften und Beschäftigten im Betrieb und mindert die Möglichkeit, an den Unternehmensgewinnen zu partizipieren.

In Entwicklungs- und Transformationsländern beschleunigt die Globalisierung tendenziell den Strukturwandel zu international wettbewerbsfähigeren Volkswirtschaften. Viele traditionelle Betriebe können dem Wettbewerbsdruck – zumindest in einer Anpassungszeit – nicht standhalten. Dies hat meist zur Folge, dass sie vom Markt verdrängt werden und es zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit kommt. Erst

wenn sich ihre Wirtschaft längerfristig an die globalen Bedingungen angepasst hat, haben sie die Möglichkeit, mehr Beschäftigung und höhere Einkommen zu erzielen als ohne eine Integration in die Weltwirtschaft. Mit besserer Bildung und beruflicher Qualifikation steigen die Chancen, von dieser positiven Entwicklung zu profitieren. Menschen mit niedrigem Ausbildungsstand gehören aber auch dann eher zu den Verlierern der Globalisierung.

Schließlich kann die Exportorientierung von Schwellen- und Entwicklungsländern negative Folgen für die Arbeitsbedingungen haben, wenn etwa Kosten- und Standortvorteile für billige Exporte mit extrem niedrigen Löhnen oder inhumanen Arbeitsbedingungen erkauf werden. Dies ist nicht selten in so genannten „Freien Exportzonen“ der Fall.

### 1.4.3 Ökologische Auswirkungen

1. Internationalisierung der Produktion und Zunahme des Welthandels bedingen einen deutlichen Anstieg der Waren- und Verkehrsströme, was erhebliche *ökologische Kosten* in Form von mehr Ressourcenverbrauch und höheren Schadstoffausstoßen verursacht. Die ungebremsste Zunahme der Güter- und Personentransporte ist u. a. darauf zurückzuführen, dass die Transportkosten, hauptsächlich durch Energiepreise bestimmt, nur teilweise die Umweltkosten widerspiegeln. Die verrechneten Transportkosten sind nämlich im Vergleich zu den tatsächlich verursachten Kosten zu niedrig. Dies führt zu einer überhöhten Zunahme der (internationalen) Gütertransporte. Ein nicht unerheblicher Teil der Effizienzgewinne der Globalisierung ist somit das Ergebnis verzerrter Preise.

Ein weiterer oft genannter Faktor ist die Verlagerung von schadstoffintensiven Produktionsstätten aus Industrieländern mit strengen Umweltauflagen in Länder mit niedrigeren Standards. Auch wenn dies in einigen Fällen sicher zutrifft, fehlen bisher doch empirische Belege für einen derartigen allgemeinen Trend (vgl. Althammer u. a. 2001). Es ist allerdings nicht ausgeschlossen, dass dies in Zukunft – etwa bei einer strengeren Umweltpolitik – geschehen könnte. Gravierender dürfte der internationale Müllhandel und die Entsorgung von Gift- und Sondermüll in ärmeren Ländern sein, oft mit hohen Folgekosten für letztere. Diese Geschäfte bewegen sich oft in einer Grauzone der Legalität (vgl. 2.6.4).

2. Andererseits hat die Globalisierung auch *ökologisch positive Effekte*. Weltwirtschaftliche Verflechtung durch Freihandel und Direktinvestitionen kann zur Verbreitung umweltschonender Produkte und Technologien beitragen und sie beschleunigen. So haben TNU in Entwicklungs- und Transformationsländern nicht selten höhere Umweltstandards als einheimische Firmen. Dies ist abgesehen von den direkten positiven Folgen für die Umwelt v. a. für solche Länder von Vorteil, deren Industrien für Umweltschutztechnik – nicht zuletzt aufgrund strenger gesetzlicher Regelungen – zu den Weltmarktführern zählen. Eine für ökologische Ziele offene Wirtschaftspolitik ist also nicht grundsätzlich von Nachteil. Vielmehr kann die Umweltpolitik die Wettbewerbsposition eines Landes verbessern, wenn sie Anreize für Innovationen in neue Produkte und Produktionsverfahren schafft. Schließlich bietet die weltwirtschaftliche Integration Entwicklungsändern die Chance auf mehr Wohlfahrt, was im Allgemeinen die Fähigkeit und Bereitschaft

steigert, höhere Umweltqualität zu schaffen. Dies kann v. a. armutsbedingte Umweltzerstörungen, etwa durch Abholzung oder Überweidung, verringern.

Möglicherweise schafft die weltweite Vernetzung – aus Einsicht oder der Not gehorchend – auch das Bewusstsein für ökologische Bedrohungen, was Anstöße für international abgestimmte umweltpolitische Maßnahmen geben könnte. Hoffnung in diese Richtung machen eine Reihe von Abkommen, etwa das Protokoll zum Schutz der Ozonschicht oder die Konvention über die biologische Vielfalt, auch wenn die globale Umweltpolitik noch bei weitem nicht ausreicht, um den globalen ökologischen Herausforderungen wirksam zu begegnen.

3. Die Globalisierung hat also insgesamt *widersprüchliche ökologische Folgen*. Solange Wirtschaftswachstum mit höherem Schadstoffausstoß und mehr Verbrauch von Ressourcen verbunden ist, werden die umweltbelastenden Effekte überwiegen. Insofern kommt es sehr auf die Art des Wachstums und auf die Umweltpolitik im den einzelnen Ländern an. Dabei muss man stets im Auge behalten, dass es die Armen und ärmere Entwicklungsländer sind, die durch die Auswirkungen global verursachter Umweltprobleme überproportional belastet werden. Viele von ihnen leben nämlich in ökologisch gefährdeten Gebieten, z. B. sturmflutgefährdeten Schwemmlandgebieten, sie sind bes. auf intakte natürliche Ressourcen (fruchtbares Ackerland, sauberes Trinkwasser) angewiesen und sie haben zudem kaum die Möglichkeit, sich gegen steigende Umweltrisiken abzusichern.

## 1.5 Globalisierung als sozio-kultureller Prozess

### 1.5.1 Das Leitbild der westlichen Zivilisation

1. Die Globalisierung, auch in ihrer ökonomischen Dimension, ist ganz wesentlich ein sozio-kulturelles Phänomen, was häufig übersehen wird. Sie wurzelt nämlich in bestimmten Ideen und Wertvorstellungen und überträgt diese, oft kaum wahrgenommen, in andere Gesellschaften. Zumindest in ihrer gegenwärtigen Form ist sie vorwiegend vom *Leitbild der westlichen Zivilisation* geprägt. Die wissenschaftliche Erforschung und selbstbestimmte Gestaltung der Welt sowie die damit verbundene Entmythologisierung von Natur und Gesellschaft, die nicht mehr als numinos und unveränderlich gelten, waren wesentliche historische Voraussetzungen für den technologischen Fortschritt und seine Anwendung in Wirtschaft und Industrie. Der Vorrang von Werten der Selbstverwirklichung und des Wohlstands hat einerseits traditionelle soziale und religiöse Lebensformen geschwächt, andererseits aber die Würde, Autonomie und Rechte des Menschen gefördert. Dies spiegelt sich wieder in persönlicher Leistungsbereitschaft und hoher Arbeitsproduktivität, was höhere Einkommen und mehr Freizeit für breite Bevölkerungsklassen ermöglicht hat. Der Vorrang wirtschaftlicher Werte und individueller Interessen hat allerdings auch Schattenseiten wie soziale Rücksichtslosigkeit, Konsum zu Lasten der Umwelt oder eine oft sehr enge Zweckrationalität.

2. Die Globalisierung fördert eine *Verbreitung dieses westlichen Zivilisationsmodells* und der damit verbundenen Werte und Lebensstile. Dies liegt zum einen daran, dass dieses Modell große Anziehungskraft ausübt. Zum anderen wird dieser Trend von den Industrieländern und der Wirtschaft bewusst gefördert. So weckt

v. a. die kommerzielle Werbung weltweit den Wunsch nach einem Leben in Wohlstand, wie er in den westlichen Ländern für die große Mehrheit der Bevölkerung selbstverständlich geworden ist. In den ärmeren Ländern kommt dagegen bisher nur eine kleine Minderheit in den Genuss dieses Lebensstils. Aber auch die breite Bevölkerung dieser Länder strebt nach vergleichbaren materiellen Lebensverhältnissen (vgl. UNDP 1998). Man kann diesen Wunsch kaum zurückweisen, solange man einen solchen Lebensstil in den reichen Ländern für legitim hält.

3. Eine *weltweite Übernahme* der westlichen Produktions- und Lebensweise ohne grundlegende Strukturformen hätte jedoch verheerende ökologische Folgen. Die Erde könnte – jedenfalls nach heutigem Wissensstand – nicht überleben, wenn alle Menschen einen vergleichbar verschwenderischen Lebensstil hätten wie der privilegierte Norden (bezogen auf den Verbrauch von Ressourcen wie Energie, Rohstoffen usw. sowie auf Schadstoffausstoß). Damit aber ist die Globalisierung nach westlichem Vorbild entweder selbstzerstörerisch, weil sie sich im Fall ihres Erfolges die eigenen Grundlagen – natürliche Ressourcen und Umwelt als ökologisches Kapital – entziehen würde, oder aber sie wird zu verschärften globalen Verteilungskonflikten um knappe Ressourcen und begrenzte Kapazitäten für die Aufnahme von Schadstoffen und Abfällen führen. Die Globalisierung in ihrer derzeitigen Form ist also – so paradox dies klingen mag – gar nicht globalisierbar, jedenfalls wenn man ihre möglichen Folgen nicht für vertretbar hält.

### 1.5.2 Sozio-kulturelle Auswirkungen

1. Die weltweiten Massenmedien haben sich zum wichtigsten Träger einer *tendenziellen Weltweitkultur* entwickelt. Sie sind heute zum größten Teil privatisiert und damit den Gesetzen eines noch kaum durch Rechtsnormen geregelten Marktes unterworfen. Selbst Informationssparten wie Politik, Kultur und Sport werden immer mehr kommerzialisiert, so dass die Berichterstattung weitgehend von den Einschaltquoten abhängt, die ihrerseits die Höhe der Werbeeinnahmen bestimmen. Die Entwicklungsländer sind v. a. als Märkte für westliche Konsumgüter von zunehmender Bedeutung. So weisen die Werbebetriebe in ihnen oft zweistellige und damit höhere Wachstumsraten auf als in den Industrieländern.

Der Zugang zu diesen Medien ist für die Mehrzahl der Menschen in den Entwicklungs- und Transformationsländern schon aus Kostengründen begrenzt. Zugleich stagnieren häufig jene traditionellen Kommunikationsbereiche, die für eine breite Bildung der Bevölkerung bes. wichtig sind, wie regionale Radiostationen, Bibliotheken oder Verlage. Das moderne Marktangebot ist auch im Bereich der Medien kaum auf die Grundbedürfnisse der Armen ausgerichtet.

2. Trotz dieser Trends wird es in absehbarer Zeit kaum eine einheitliche Weltkultur geben. Vielmehr fördert die Globalisierung eine *Pluralisierung von Werten und Normen*, der sich heute keine Gesellschaft mehr entziehen kann (Kramer 1997). Dies bietet einerseits die Chance gegenseitiger Bereicherung, birgt andererseits aber auch ein beträchtliches Konfliktpotenzial in sich. Häufig steht das Leitbild des individualistischen und konsumorientierten Zivilisationsmodells des Westens im Konflikt mit den Weltbildern und Werten anderer Kulturkreise, die meist religiös tief verwurzelt sind. Die Angst vor dem Verlust der eigenen kulturell-religiösen Identität, oft verbunden mit der Enttäuschung darüber, dass der durch die Wer-

bung verheißene Segen der Globalkultur nicht eingelöst wird, hat fast überall auf der Welt vielfältige, mehr oder weniger gegenläufige sozio-kulturelle Entwicklungen hervorgerufen. Dies sind ethnisch, national, religiös oder kulturell motivierte Bewegungen, die sich sehr bewusst wieder ihren partikularen Traditionen zuwenden. Im günstigen Fall führt dies zur Wiederbelebung eigener Traditionen und Lebensweisen. Solche „Kehrwenden“ können aber auch in Fundamentalismus und gewalttätige Aktionen münden, wie der gegenwärtige Terrorismus zeigt.

3. In vielen Regionen der Welt, zumindest aber in bestimmten Lebensbereichen, hat die Globalisierung die *Partikularisierung*, d. h. das Gewicht von Regionen, ethnischen Gruppen, Kulturen und Religionen also wachsen lassen. Dieser Rückzug in die überschaubare eigene Lebenswelt verstärkt die Aufspaltung in eine Vielfalt von Identitäten, was ebenfalls konfliktträchtig ist. Nicht selten werden jedoch sozio-kulturelle Traditionen oder Spannungen, denen häufig eigentlich soziale Konflikte zugrunde liegen, auch für ganz andere Zielsetzungen wie den Erhalt politischer und wirtschaftlicher Macht instrumentalisiert. Dieser Vorwurf trifft auch jene Szenarien, die nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes entworfen worden sind und in deren Zentrum die Rivalität der Kulturen steht. Ihre einseitige Hervorhebung von Differenzen missachtet die Tatsache, dass es zahlreiche Beispiele für ein friedliches Miteinander unterschiedlicher Kulturen gibt und dies die Chance zu gemeinsamen Lösungen globaler Herausforderungen bietet.

4. Moderne Technologie hat die Transportkosten erheblich gesenkt und so nicht nur den Austausch von Waren und Dienstleistungen verbessert, sondern auch die *Mobilität von Menschen* enorm erhöht, was sich etwa im rapiden Anstieg des Massen- und zumal des Ferntourismus widerspiegelt. Ebenso stark zugenommen hat die Mobilität in Form von Migration, meist auf der Suche nach Arbeit und angemessenem Einkommen. Die Gesamtzahl grenzüberschreitender Migranten betrug Ende der 1990er Jahre Schätzungen zufolge weltweit 125-130 Millionen. Rund zwei Drittel davon waren Arbeitsmigranten, von denen jedoch nur 25-30 Millionen reguläre Arbeitsverträge hatten (Nuscheler 1999, 109). Während der Austausch von Gütern und Kapital und der Massentourismus politisch meist erwünscht sind, wird die Mobilität menschlicher Arbeit mit Ausnahme hoch qualifizierter Arbeitskräfte meist restriktiv behandelt. Stark zugenommen hat schließlich auch der (illegale) globale Menschenhandel (vgl. 2.6.4 / 2.). Bes. betroffen sind Frauen und Kinder aus Ländern des Südens und Ostens, die aufgrund oft erdrückender Armut Opfer von Prostitution und ausbeuterischer Arbeit werden, und dies an weit entfernten Orten oder im Ausland fern ihrer Familien und Kinder.

## 1.6 Neue Rahmenbedingungen für die Politik

### 1.6.1 Veränderte Rolle nationalstaatlicher Politik

1. Die Globalisierungsprozesse verändern den Handlungsspielraum *klassischer Politik* und führen zu einem Wandel der Einflussmöglichkeiten der Nationalstaaten, die bisher die Basis gesellschaftlicher und politischer Entwicklung darstellten (Zürn 1998). Einzelne gesellschaftliche Bereiche, allen voran die Wirtschaft und ihre TNU, vernetzen sich zunehmend gegenüber der Politik und bilden neue, grenzüberschreitende Verbindungen. Dies hat durchaus positive Effekte, in-

sofern es einem blinden Nationalismus Grenzen setzt und den politischen Wettbewerb verstärkt. Andererseits fördert dies einen Prozess der Entterritorialisierung mit der Folge, dass wichtige Aufgaben (z.B. Wettbewerbs- und Sozialpolitik) nicht mehr flächendeckend von den nationalen Regierungen wahrgenommen werden können.

Dies erklärt auch ein Stück weit, warum die Politik der globalen wirtschaftlichen Integration immer mehr nachzuhinken scheint. Aber auch unabhängig davon sind Nationalstaaten gar nicht in der Lage, globale Probleme allein zu lösen, was das Konzept nationaler Souveränität, auf dem die Weltpolitik bisher ruhe, in mancher Hinsicht in Frage stellt. Gleichwohl sollte man nicht vorschnell ein „Ende der Nationalstaaten“ verkünden, da diese wohl noch lange eine wichtige Rolle in einer wie immer gestalterten Struktur globaler Beziehungen spielen werden. Sie müssen internationale Vereinbarungen aushandeln, unterzeichnen und umsetzen. Sie bleiben die vorrangige Institution, um das Gemeinwohl zu gewährleisten, und sie werden für lokale und regionale Probleme weiter zentraler Bezugspunkt sein.

2. Seit dem Zweiten Weltkrieg, v. a. seit den 1980er Jahren, ist es zu einer *Verwiel-fachung supranationaler Akteure* gekommen, die wachsende Bedeutung für die internationale Politik haben. Diese an die Nationalstaaten rückgebundenen Institutionen haben zum Ziel, möglichst verbindliche Regeln für mehr gemeinsames Handeln und zur Lösung globaler Probleme zu schaffen. Dazu werden an sie von den einzelnen Staaten genau festgelegte Souveränitätsrechte abgetreten. Neben dem System der Vereinten Nationen, den Breton-Woods-Institutionen und der WTO dient dazu v. a. eine ständig steigende Zahl von internationalen Regimen für spezifische Problemfelder. Eine immer wichtigere Rolle spielen auch regionale Organisationen wie die EU, die mehr gemeinsamen Handlungsspielraum eröffnen.

Alle Fortschritte in der internationalen Zusammenarbeit können freilich nicht verdecken, dass auf der supranationalen Ebene nach wie vor erhebliche Defizite festzustellen sind. Dazu zählen v. a. unzureichende Handlungskompetenzen und eine zu geringe finanzielle Ausstattung der entsprechenden Organisationen. All zu oft verhindern noch immer nationale Sonderinteressen gemeinsame Problemlösungen. Dies ist insbesondere in jenen Bereichen folgenreich, in denen die nationalstaatliche Politik an Gewicht verliert. In ihrer derzeitigen Form sind die supranationalen Institutionen daher kaum in der Lage, den Prozess der Globalisierung in eine sozial und ökologisch zuträgliche Richtung zu steuern.

3. Der Wandel der Rolle klassischer Politik bringt überdies die *Gefahr einer Schwächung demokratischer Traditionen* mit sich (Eichenberger & Frey 2002, 265-270), da Demokratie bisher vorwiegend an Nationalstaaten gebunden ist. Supranationale Institutionen mit ihren wachsenden Entscheidungsbefugnissen sind meist nicht oder nur sehr indirekt demokratisch legitimiert. Zudem mindert eine Verlagerung vom lokalen bzw. regionalen Lebensraum hin zu übergeordneten Organisationen die Transparenz von Verhandlungs- und Entscheidungsabläufen und die Möglichkeiten der Bürger, sich an der Politik zu beteiligen und sie zu kontrollieren. Auf diese Weise wächst das Risiko, dass die Demokratie kaum bemerkt ausgedöhnt wird. Überdies besteht die Gefahr, dass sich die nationale Politik unter

Hinweis auf internationale Verflechtungen ihrer Verantwortung entzieht, auch wenn ihr eigentlich genügend Handlungsspielraum bleibt.

Ein grundsätzliches Problem besteht darin, dass das politische System immer mehr von ökonomischen Interessen bestimmt wird, was zur Folge hat, dass politische Ziele dem wirtschaftlichen Erfolg untergeordnet werden. Dies ist ein Grund, warum in vielen Staaten die Parlamente als zentrale demokratische Institution tendenziell an Gewicht und Einfluss verlieren (Dahrendorf 2002) und Regierungen Entscheidungen in Abstimmung mit anderen Gremien (z. B. am Parlament vorbei eingesetzte Kommissionen) und Interessenvertretungen (z. B. Vorstandsetagen) treffen, die ihrerseits selten demokratisch legitimiert und kontrolliert sind. Verstärkt werden solche Tendenzen durch den enormen Einfluss der Medien, die ihre politische Berichterstattung meist weniger an Sachfragen als an Einschaltquoten orientieren. Dies mindert die Glaubwürdigkeit der Politik und fördert Politik- und Staatsverdrossenheit in der Bevölkerung.

### 1.6.2 Wachsender Einfluss nicht-staatlicher Akteure

1. Im Zusammenhang mit der Globalisierung haben nicht-staatliche Akteure stark an Gewicht gewonnen, weshalb manche bereits von einer „Privatisierung der Weltpolitik“ (Brittl u. a. 2001) sprechen. Dies gilt vor allem für die großen *transnationalen Unternehmen*, deren Umsätze das BSP kleinerer und mittlerer Volkswirtschaften teils weit übersteigen. Aufgrund ihrer wachsenden Macht sind sie in der Lage, Nationalstaaten gegeneinander auszuspielen und ihren politischen Handlungsspielraum einzuschränken, etwa wenn diese Länder um Direktinvestitionen konkurrieren. Aufgrund der Kommerzialisierung und Privatisierung vieler bislang öffentlicher Dienstleistungen (z. B. Wasserversorgung) übernehmen viele private Unternehmen auch vormals staatliche Aufgaben. Außerdem nehmen TNU auch auf internationaler Ebene Einfluss auf die Politik, wenn sie direkt an Verhandlungen und Konferenzen beteiligt sind oder indem sie durch gezielte Lobbyarbeit Druck auf ihre eigenen Regierungen oder internationale Behörden ausüben.

Dieser wachsende Einfluss ist auch das Ergebnis von Unternehmenszusammenschlüssen, was in manchen Sektoren zu einer beherrschenden Marktstellung weniger Unternehmen geführt hat. Im Medienbereich ist der Verdängungswettbewerb und die damit verbundene Machtkonzentration besonders weit fortgeschritten. Der globale Medienmarkt wird von wenigen großen Konzernen beherrscht, die nahezu alle in den USA, Europa, Australien und Japan ihre Zentren haben. Auch auf den internationalen Finanzmärkten gibt es private Akteure mit immensen Einfluss auf die globalen Finanzen und damit die ganze Weltwirtschaft. Die großen institutionellen Anleger (Pensions- und Investmentfonds) und v. a. die Rating-Agenturen und Finanzanalysten bestimmen mit ihren Einschätzungen bzw. Empfehlungen zu einem guten Teil die Kreditwürdigkeit nicht nur von Unternehmen, sondern auch von Staaten. Die Asienkrise hat gezeigt, dass Fehleinschätzungen dieser Agenturen die Stabilität des gesamten globalen Finanzsystems gefährden können (Dieter 1999a, 28f).

2. Eine zweite wichtige Gruppe nicht-staatlicher globaler Akteure sind NRO und soziale Bewegungen, die seit einiger Zeit fast überall auf der Welt wie Pilze aus dem Boden schießen. Ihre grenzüberschreitende Vernetzung und Zusammenarbeit

hat eine *internationalen Zivilgesellschaft* geschaffen, die auf der globalen Bühne immer mehr Gewicht gewinnt. Als kritische Begleiter der Tätigkeit staatlicher Institutionen wie der Privatwirtschaft sind sie oft ein wichtiges gesellschaftliches Korrektiv gegenüber Fehlentwicklungen in Staat und Wirtschaft. Sie leisten so einen Beitrag zur politischen Partizipation auf lokaler, nationaler und globaler Ebene, v. a. durch neue und konstruktive Formen politischen Engagements. Dies gilt prinzipiell auch für die Religionsgemeinschaften mit ihren vielfältigen Organisationen und Einrichtungen, die vielerorts die einflussreichsten zivilgesellschaftlichen Akteure sind. In autoritären politischen Systemen können oft sogar nur sie zivilgesellschaftlich tätig sein.

Diese positive Bilanz darf jedoch nicht den Blick für die unübersichtbaren Grenzen der Zivilgesellschaft verstellen. Weithin sind sie auf der Basis eines demokratischen Selbstverständnisses tätig. In vielen ihrer Formen ist die Zivilgesellschaft selbst aber nicht im üblichen Sinne demokratisch rückgebunden und legitimiert (vgl. 10.6.1 / 2.). Die Vielfalt von NRO und sozialen Bewegungen und teils auch erbiterte Konflikte zwischen ihnen erschweren nicht selten ein koordiniertes Vorgehen. Mit wachsenden Einfluss ist auch die Gefahr des Missbrauchs (z. B. Korruption) und der Abhängigkeit von staatlichen oder wirtschaftlichen Interessen gestiegen. Zum Teil gehören sie auch zu gesellschaftlichen Kräften, die partikularistische Konflikte verschärfen.

#### Literaturempfehlungen zu Kapitel 1:

- Böfinger, P. (2003). *Grundzüge der Volkswirtschaftslehre. Eine Einführung in die Wissenschaft von Märkten*. München.
- Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2002). *Schlussbericht der Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten“*, Opladen.
- Osterhammel, J. & Petersson, N.P. (2003). *Geschichte der Globalisierung: Dimensionen, Prozesse, Epochen*, München.
- SEF (Stiftung Entwicklung und Frieden). (2003). *Globale Trends 2004/2005. Fakten, Analysen, Prognosen* (Hrsg. von I. Hauchler u.a.). Frankfurt/M.
- Wissenschaftliche Arbeitsgruppe für weltkirchliche Aufgaben der Deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.). (1999). *Die vielen Gesichter der Globalisierung. Perspektiven einer menschengerechten Weltordnung*, Bonn.